

im Rat der Stadt Cuxhaven

Anfrage zu: Auswirkung der Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Getsch,
sehr geehrte Frau 1. Stadträtin A. Pospich,
sehr geehrte Frau Wüst,

Die Änderung des niedersächsischen Schulgesetzes vom 27. Februar 2018 ermöglicht Eltern von Kindern, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September sechs Jahre alt werden, mit einer schriftlichen Erklärung den Schulstart um ein Jahr hinauszuschieben, wenn sie dies möchten. Diese Änderung tritt bereits zum kommenden Schuljahr in Kraft. Eltern können bis zum 01. Mai des Jahres über die Verschiebung der Einschulung um ein Jahr entscheiden. Nach Annahmen in der Begründung des Gesetzentwurfes werden somit etwa 2.800 Kinder zusätzlich ein weiteres Jahr den Kindergarten besuchen. Das stellt insbesondere die Kita-Träger und auch die Grundschulen vor erhebliche Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund fragt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Oberbürgermeister:

1. Von welchem Mehrbedarf an Kitaplätzen geht die Verwaltung durch die Änderung des niedersächsischen Schulgesetzes in Stadt Cuxhaven aus?
2. Welche zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwendungen erwartet die Verwaltung dadurch und wie werden die anfallenden Mehrkosten finanziert?
3. Wie plant die Verwaltung den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz vor dem Hintergrund des zusätzlichen Platzbedarfes bis zum 01.08.2018 zu gewährleisten?
4. Welche Unterstützung bietet die Landesregierung vor dem Hintergrund des großen Zeitdrucks bei der Gewährleistung des Rechtsanspruchs vor Ort?
5. Wie gedenkt die Verwaltung vor dem Hintergrund der vielfach bereits erfolgten Zusagen für neue Kinder in Einrichtungen den Konflikt zwischen neuen Kindern und Kindern, die nun länger in der Einrichtung bleiben wollen, aufzulösen?
6. Wie plant die Verwaltung künftig die Platzvergabe für Kindergartenplätze vor dem Hintergrund der gesetzlichen Entscheidungsfrist neu zu organisieren, insbesondere vor dem Hintergrund der Eröffnung von Planungssicherheit für berufstätige Eltern?

Robert Babacé

i.V. Robert Babace

stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Mitglied im Ausschuss für Jugend,

Soziales, Familie und Gleichstellung